

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff N. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilungsgeld mit Wilsdruff der Gew. und Festtags nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch unsere Vertreter gegen Vorzahlung in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse behalten wir uns das Recht vor, die Preise für den Druck der Zeitung oder die Lieferung der Zeitung zu erhöhen.



Interaktionspreis 20. Für die 6 gepulverten Korpuskette oder deren Raum, 20. Für die 2 gepulverten Korpuskette 20. Bei Abrechnung und Jahresabschluss endgültiger Preisnachschlag. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) bis 2 gepulverten Korpuskette 20. Nachmittags-Beilage 50 Pfg. Anzeigenannahme bis demnächst 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahlungsfall.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostau.

Verleger und Drucker: Arthur Jahnke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Jahnke, beide in Wilsdruff.

Nr. 121

Donnerstag den 25. Mai 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

In das hiesige Handelsregister ist heute folgendes eingetragen worden:  
a) auf Blatt 90, die Firma Maria Reichelt in Wilsdruff betr.: Frau Auguste Lydia Reichelt geb. Engel, jetzt verheiratet, Hölzig, ist als Inhaberin ausgeschieden. Inhaber ist der Kaufmann Kurt Hölzig in Wilsdruff, auf den das Handelsgeschäft samt der Firma zufolge Vereinbarung übergegangen ist. Die dem Kaufmann Richard Blaue in Wilsdruff erteilte Procura ist erloschen;  
b) auf Blatt 137: Die Firma „Richard Schuricht & Sohn, Gesellschaft mit be-

schänkter Haftung“ mit dem Sitz in Wilsdruff. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Holzgroßhandlung und aller einschlägigen Geschäfte. Das Stammkapital beträgt 100000 Mk. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Mai 1922 abgeschlossen worden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Baumeister Friedrich Richard Schuricht in Wilsdruff.

Amtsgericht Wilsdruff, am 19. Mai 1922.

2470

A Reg. 66, 97/22

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Das Reichskabinett hat mehrere Beratungen über Genua und die Anleihefrage abgehalten und auch die Parteiführer informiert. Minister Hermes wird am Donnerstag in Berlin erwartet.

\* Nach den bisherigen Abmachungen wird die Übergabe Oberschlesens Mitte Juni beginnen. Polnisches Militär und deutsche Reichswehr werden gleichzeitig einrücken.

\* Die italienischen Delegierten im Reparationsauschuss in Paris erklärten, sie erwarteten mit Bestimmtheit, daß die Verhandlungen mit Deutschland zu einer Einigung in der Reparationsfrage führen.

\* Nach der Auffassung des belgischen Mitgliedes der Reparationskommission Delacroix ist die erste Forderung für eine Anleihe an Deutschland der Verzicht Frankreichs und Belgiens auf künftige Zwangsmaßnahmen.

\* Das Zentralerweiterungskomitee in Moskau hat den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo ratifiziert.

### Zucker und Kohle.

Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die Einfuhr von ausländischem Zucker bis auf weiteres freigegeben.

Vor dem Kriege ist Deutschland das größte Zuckerexportland gewesen und verbrauchte eine nicht unbedeutende Menge ausländischer Kohle. Heute müssen wir riesige Mengen Kohle ausführen. Es findet eine vordem nicht nötige Belastung der Eisenbahn mit Kohletransporten statt, obwohl wir auch dabei unseren Bedarf nicht befriedigen können, und Zucker muß aus dem Auslande eingeführt werden. In dieser Umkehrung unserer Wirtschaft drängt sich die ganze Not unseres Volkes zusammen. Denn die erzwungene Ausfuhr von Kohle, zum größten Teile zu einem Preise, der für Frankreich und Belgien ein Schlunderpreis ist, dabei für unseren inländischen Verbrauch und die Produktion viel zu hoch, machen lohnenden Export unmöglich. Auch die Zuckernappheit hängt damit zusammen, daß den Raffinerien nicht unbegrenzt die Kohle, das Urprodukt jeder Produktion, zur Verfügung steht.

Wenn Deutschland nun zu Weltmarktpreisen, wie wiederholt verlangt worden ist, gelangen würde, so würde das Ausland lange nicht die für die Devisenbeschaffung nötige Menge der Ausfuhr abnehmen, Deutschland könnte nicht mehr wirksam konkurrieren. Die Gleichstellung der deutschen Preise mit den Weltmarktpreisen ist auch aus dem Grunde unmöglich, weil, sobald in Folge höheren Preisstandes in Deutschland der Geldumlauf vermehrt werden müßte, in gleicher Weise der Kursstand der Welt gedrückt würde. Eine Angleichung an die Weltmarktpreise ist nur dann denkbar, wenn eine Besserung der deutschen Saluta gleichzeitig eine billigere Produktionsmöglichkeit in Deutschland gestattet. Wir können also vorläufig nicht daran denken, Kohlen in erheblicher Menge einzuführen. Da wir aber mehr Kohle brauchen, so muß man an die Erschließung neuer Kohlenfelder gehen, und gleichzeitig die vorhandenen noch nachhaltiger ausbeuten, zugleich aber auch unsere Transportmöglichkeiten verstärken. Das ist eine ungeheure Aufgabe, und in absehbarer Zeit ist sie unmöglich zu lösen. Wir sind aus diesem Grunde gezwungen, viel mehr fertig- und Halbfertigfabrikate aus dem Auslande einzuführen, als wir bei normaler Wirtschaftslage benötigen würden, obwohl es theoretisch möglich wäre, etwa für eine Goldmilliarde jährlich Zucker auszuführen.

An den führenden Stellen hat man den wirtschaftlichen Optimismus immer mehr verloren. Das ist ein gutes Zeichen, denn nur, wenn die Größe der Gefahr richtig erkannt wird, ist überhaupt Aussicht vorhanden, daß ihr wirksam begegnet werden kann. In der Reichstagsdebatte über die Wirtschaftsprüfung sind die zutagegetretenen Tatsachen weitaus mehr als die Äußerungen. Von der Linken forderte man die Bewirtschaftung des Zuckers für das ganze Reich. Man wird bei der gegenwärtigen Zuckernappheit und Teuerung die allgemeine Mißstimmung verstehen können, zumal infolge des Fortfalls der Preisbindung für den zu Schnäpfen und Likören verarbeiteten Zucker die Fabrikanten in der Lage sind, jede Menge zu jedem Preise anzukaufen. Von anderer Seite wird dazu behauptet, jede Zwangsbewirtschaftung würde die Zuckerproduktion, die jetzt im Aufstiege begriffen sei, wieder erheblich zurückwerfen, und das sei gefährlicher als das mit der Geldentwertung fortschreitende Steigen der Preise.

Wiel schlimmer noch ist die Lage am Kohlenmarkt. An-

folge unserer Ablieferungsfrist an die Entente wird unsere gesamte Produktion eingeschränkt. Namentlich an Kohle herrscht ausgesprochener Mangel, so daß wir unsere eigenen Eisenlager nicht ausbeuten können, und zur Verarbeitung ausländisches Eisen einführen müssen. Das ist ein geradezu katastrophaler Mangel, der die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht. Aus diesem Grunde hat das Hineingleiten in die Weltkrise für Deutschland ganz besondere Schrecken. Arbeitslosigkeit bedeutet bei dem gegenwärtigen Preisstand einfach Hunger der Massen. Man muß sich mit allem Nachdruck nach Mitteln zur Abhilfe umsehen, und der Angelpunkt liegt in der Frage, wie trotz allem eine Erhöhung der Produktion allgemein ermöglicht wird.

### Die Sieger unter sich.

Bonar Law's Kritik an Frankreich.

Die bekannten Spannungen in der Entente erfahren neuerdings eine interessante Beleuchtung durch eine Rede des englischen Unionistenführers Bonar Law. Er sprach nicht nur sein Bedauern darüber aus, daß Polycare sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Franzosen könnten gegebenenfalls auch allein ins Ruhrgebiet einmarschieren, was nach der Ansicht der Engländer das größte Unglück für die Entente heraufbeschwören würde, sondern er zog auch einen vielversprechenden Vergleich zwischen der englischen und der französischen Kriegsbewertung. Er stellte fest, daß zwar England kolonialen Gebietszuwachs erhalten habe, daß aber auch das französische Reich in Afrika um mehr als eine halbe Million Quadratkilometer vergrößert worden sei, und die Zeit allein könne bestimmen, welches Gebiet sich in Zukunft als wertvoller erweisen werde. Wenn man es sich nicht vergegenwärtigen mitreißt, so sei es fraglos, daß die Franzosen und nicht die Engländer den größten Zuwachs aus dem Kriege erhalten haben.

Aber Deutschland und Frankreich äußerte er sich dahin, er glaube nicht, daß Deutschland von französischem Militarismus bedroht werde. Ein Land, das in so kurzer Zeit über eine Viertel Million der besten seiner Bevölkerung verloren habe, könne keinen Wunsch, der so stark sei wie der Friedenswunsch. Jedermann habe davon gesprochen, daß Deutschland die gesamten Kriegskosten zahlen müsse, aber jetzt wisse jedermann, daß es unmöglich sei. Die Deutschen könnten nicht die gesamten Kriegskosten bezahlen, sie könnten jedoch einen großen Teil bezahlen.

### Die Voraussetzungen einer Anleihe.

Morgan in Paris. — Zweimal vier Milliarden?

Finanzminister Hermes wird am Donnerstag in Berlin eintreffen, um der Regierung über seine bisherigen Vorverhandlungen über die Reparationsfrage in Paris Bericht zu geben. Aber die Anleihe hat er noch keine Besprechungen gehabt, diese beginnen erst jetzt, wenn der Anleiheauschuss unter Teilnahme Morgans seine Arbeiten aufnimmt. Dieser Ausschuss wird, nach einer amtlichen Pariser Meldung, die Mittel prüfen, welche Deutschland behilflich sein sollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Finanzleute werden versuchen, sich über die Bedingungen zu einigen, unter denen es möglich ist, Deutschland die sekundäre Hilfe zu bringen, deren es bedarf.

### Die Bedingungen der Geldgeber

richten sich in erster Linie gegen die Entente, denn Amerika und die Neutralen würden Deutschland nur leihen, wenn ihr Geld nicht gefährdet werde. Frankreich und Belgien müssen jetzt endgültig die Wahl treffen. Daher wird, wie Delacroix, der Vertreter Belgiens im Reparationsauschuss meint, die Verständigung nicht leicht sein. Deutschland werde sich auf die Anleihe nicht einlassen, falls sie ganz den Verbündeten zufallen sollte. Die Verbündeten würden die Anleihe ablehnen, falls der größte Teil des Ertrages für die inneren Bedürfnisse Deutschlands bestimmt ist. Die Geldgeber würden zweifellos verlangen, daß die Verbündeten ein für allemal auf militärische Sanktionen gegen Deutschland verzichten.

In belgischen Kreisen denkt man an eine Anleihe in zwei Abschnitten von je vier Milliarden Goldmark. Der erste Abschnitt könnte gleich gezeichnet werden; die zweiten vier Milliarden hätten Zeit bis zum Jahre 1924. An eine große Anleihe, die eine sofortige

Umwidmung der ganzen Wiedergutmachung zur Folge hätte, sei nicht zu denken. Die Schuldenfreierung unter den Verbündeten, die eine Reduzierung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden Goldmark ermöglichen würde, sei zurzeit nicht denkbar. Ferner ist die Rede von einer gewissen Finanzkontrolle über Deutschland, die jedoch mehr dem Bankierauschuss als der Reparationskommission eingeräumt sein werde, daß sie also eine Kontrolle auf rein geschäftlicher Basis zwischen Gläubiger und Schuldner darstellen würde.

### Bankerly über Amerikas Hilfe.

Der bekannte New Yorker Bankpräsident Bankerly bezeichnet als allererste Voraussetzung einer Finanzhilfe Amerikas die Reformierung der deutschen Kriegsschuld, so daß sie für Deutschland erträglich wird. Dadurch muß Europa von dem Gespenst eines Zusammenbruchs der deutschen Finanzen oder einer militärischen Invasion seitens Frankreichs befreit werden. Wenn eine vernünftige Ordnung der künftigen Schuldforderungen erreicht und spezielle Sicherheit für die beabsichtigte Anleihe gegeben werden könnte, würde es sich um eine gute Anlage handeln, bei der die Amerikaner sich wohl beteiligen dürften.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Hessertichs Kritik an der Zwangsanleihe.

Der frühere Reichsfinanzminister und jetzige deutsche nationale Abgeordnete Hessertich läßt in der Deutschen Tageszeitung scharfe Kritik an dem Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe. Er schreibt u. a.: Der Augenblick wäre längst gekommen, die Kasse aus dem Saal zu lassen, auch vor dem Reichstag und dem deutschen Volke. Dabei trennen wir keine zehn Tage mehr von dem 31. Mai, dem „Verfalltag“ des Herrn Poincaré, bis zu dem alles erledigt sein soll. Der Reichstag wird also wieder in die Lage kommen, unter dem Druck der französischen Wölfe zu arbeiten. Daß die Regierung das finanziell erfahrbare deutsche Volksvermögen auf nicht mehr als 1200 Milliarden Papiermark schätzt, gehört zu dem Erstaunlichsten dieser in Unbegreiflichkeiten reichen Zeit. 1200 Milliarden Papiermark sind nur 20 Milliarden Goldmark; bei dem Entwertungsfaktor von 75, der dem heutigen Dollarkurs von etwas mehr als 300 entspricht, sogar nur 16 Milliarden Goldmark.

#### Reichszuschüsse an die Gemeinden.

Nach einer amtlichen Meldung hat der preussische Finanzminister eine Verfügung erlassen, wonach den Gemeinden, die die Befolgung ihrer Beamten in Übereinstimmung mit dem im Reich und in Preußen vom 1. April 1922 ab maßgebenden Bestimmungen neu geregelt haben, wird in den nächsten Tagen zur Deduktion der daraus entstehenden Mehrausgaben für das 1. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1922 ein Vorschuss aus Reichsmitteln durch Vermittlung der Landesklassen überwiesen werden. Dieser Vorschuss ist den Gemeinden, denen die Erhebung von Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer übertragen ist, nur dann in voller Höhe bar auszusagen, wenn die Gemeinden zwei Drittel (Reichs- und Staatsanteil) der ausgefallenen Steuern in voller Höhe bar abgeliefert haben.

#### Koalitionsregierung in Braunschweig.

Die Regierungskrise in Braunschweig ist beendet. Mehrheitssozialisten, Demokraten und Deutsche Volkspartei haben sich zusammengefunden. Die neue Regierung wird sich nicht mehr wie bisher aus fünf, sondern nur noch aus vier Mitgliedern zusammensetzen, von denen zwei der Fraktion der Mehrheitssozialisten und je einer der Fraktion der Deutschen Volkspartei und der Demokraten entnommen sind. Das Kabinett setzt sich aus dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Jasper (Sozialist), dem bisherigen Arbeitsminister Steinbrecher (Soz.), dem früheren Kultusminister Köhneburg (Demokrat) und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Landtagsabgeordneten Raefel, zusammen.

#### Italien.

X Kritik ansicht über Genua. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der in weiten Kreisen als der kommende Mann in Italien betrachtet wird, schreibt in einem Berliner Blatt u. a.: Die Konferenz von Genua hat gezeigt, daß England und Italien von derselben Friedenssehnsucht erfüllt sind, und daß die Entente heute nicht nur hinsichtlich der Beurteilung der Ereignisse, son-